

Gießen, 6. Dezember 2025

Antrag: Appell an unsere Bundestagsabgeordneten

Liebe Parlamentarier*innen,

Das Studierendenparlament möge beschließen, eine Resolution zur BAföG-Reform an die Bundestagsabgeordneten im Landkreis Gießen zu senden.

das BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung), heute BMBFTR, plant für das Wintersemester 2026/2027 eine umfassende Bafög-Reform. Einige Details sind bereits bekannt, aber noch nicht alles. Da dieses Thema uns alle betrifft – insbesondere Studierende mit geringem Einkommen –, sollten wir uns aktiver denn je für eine faire Finanzierung des Studiums für möglichst viele Studierende einsetzen. Als StuPa und AStA sollten wir daher gemeinsam Einfluss auf unsere MdBs Desiree Becker (Die Linke), Frederik Bouffier (CDU) und Felix Döring (SPD) aus Gießen nehmen. Diese sollen unsere Wünsche und Kritikpunkte an das BMFTR weiterleiten. Es geht auch darum, dass möglichst viele Fraktionen für das Reform abstimmen, und dass die Parteizugehörigkeit bei der Abstimmung am liebsten keine Rolle spielt. Eine Vorlage für die Resolution findet ihr auf der nächsten Seite als Anhang.

Liebe Grüße

Gabriel Abdi

Resolution des Studierendenparlaments und des Allgemeinen Studierendenausschusses der Justus-Liebig-Universität Gießen an die Bundestagsabgeordneten Desiree Becker (Die Linke), Frederik Bouffier (CDU) und Felix Döring (SPD):

Das Studierendenparlament (StuPa) und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Justus-Liebig-Universität Gießen nehmen die vom Bundesministerium für Bildung, Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMBFTR) angekündigte umfassende Reform des BAföG zum Wintersemester 2026/2027 sowie die diskutierte Umbenennung des Förderinstruments zum Anlass, zentrale Forderungen für eine sozial gerechte und existenzsichernde Studienfinanzierung zu beschließen. Wir fordern die genannten Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Gießen auf, diese Positionen aktiv in die parlamentarischen Beratungen einzubringen und gegenüber der Bundesregierung zu vertreten.

Studierende mit geringen und mittleren Einkommen sind in besonderem Maße von steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten betroffen und müssen häufig umfangreiche Erwerbsarbeit leisten, um ihr Studium finanzieren zu können. Dies führt nachweislich zu verlängerten Studienzeiten, psychischer Belastung und einem verzögerten Einstieg in den Arbeitsmarkt, was gesamtgesellschaftlich auch geringere Steuereinnahmen und Fachkräftemangel verstärkt. Gleichzeitig ist der tatsächliche Kreis der BAföG-Berechtigten größer als weithin angenommen; dennoch beantragt nur ein Bruchteil der Anspruchsberechtigten Leistungen, unter anderem wegen komplizierter Verfahren und veralteter Vorstellungen über das BAföG. Vor diesem Hintergrund sehen StuPa und AStA dringenden Handlungsbedarf für eine echte strukturelle Reform statt bloßer kosmetischer Änderungen oder einer reinen Umbenennung.

Das StuPa und der AStA fordern die Einführung einer unkomplizierten, elternunabhängigen Mindestförderung für alle Studierenden nach dem Vorbild skandinavischer Länder. Konkret soll ein automatischer, nicht rückzahlungspflichtiger Zuschuss von mindestens 300 Euro monatlich an alle Studierenden bis 24 Jahre ohne gesonderten Antrag gewährt werden. Diese Grundförderung soll Erwerbstätigkeit während des Studiums reduzieren, Studienzeitverlängerungen durch übermäßige Nebenjobs verringern und einen schnelleren Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglichen, wodurch mittelfristig zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden.

Bund und Länder sollen gezielte, mehrsprachige und niedrigschwellige Informationskampagnen zur BAföG-Berechtigung finanzieren, die insbesondere auch Studierende aus mittleren Einkommensschichten adressieren. Die geplante Umbenennung des BAföG darf nicht bei der Imagekorrektur stehenbleiben, sondern muss mit einer substanziellen Vereinfachung des Antragsverfahrens, einer stärkeren Digitalisierung, kurzen Bearbeitungsfristen und einem deutlich sichtbaren Ausbau von Beratungsangeboten an Hochschulen verbunden werden. Ziel muss sein, dass ein deutlich höherer Anteil der Anspruchsberechtigten ihre Förderung tatsächlich beantragt und erhält.

Das BAföG ist deutlich elternunabhängiger auszugestalten, um insbesondere Studierende aus konflikthaften oder prekären Familiensituationen besser zu schützen. Die starren Regelstudienzeiten als Fördergrenze sind zu flexibilisieren, um unter anderem Care-Arbeit, Behinderung, chronische Erkrankungen oder besondere Prüfungsanforderungen angemessen zu berücksichtigen. Die Bedarfssätze und Freibeträge sind regelmäßig und automatisch an die tatsächliche Preisentwicklung anzupassen, statt nur in großen, unregelmäßigen Reformpaketen korrigiert zu werden.

Die Wohnkostenpauschale im BAföG ist mindestens auf das Niveau der entsprechenden Unterkunftskosten im Bürgergeld anzuheben, um eine realistische Abdeckung studentischer Wohnkosten sicherzustellen. In einem Großteil der Hochschulstädte reicht die derzeitige Wohnpauschale von 380 Euro nicht zur Deckung selbst einfacher studentischer Mietwohnungen aus, weshalb eine substanzielle Anhebung zum Wintersemester 2026/2027 unabdingbar ist. Parallel ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des studentischen Wohnens massiv auszubauen, um dem strukturellen Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Studierende entgegenzuwirken.

Für Studienanfängerinnen und -anfänger aus einkommensarmen Haushalten ist eine bundeseinheitliche, unbürokratische Studienstarthilfe einzuführen, die insbesondere die Kosten für Umzug, Kautions, Erstausrüstung und den Semesterbeitrag abdeckt. BAföG-Erstanträge sind innerhalb kurzer, gesetzlich definierter Fristen zu bearbeiten; bei Fristüberschreitung sollen automatische Vorschusszahlungen erfolgen, um existenzbedrohende Wartezeiten und daraus entstehende psychische Belastungen zu vermeiden. Die Komplexität des Antragsverfahrens ist so zu reduzieren, dass Erstsemester nicht gleichzeitig mit Wohnungssuche, Jobsuche und einem schwer verständlichen Formularsystem überlastet werden.

Das Studierendenparlament und der AStA der Justus-Liebig-Universität Gießen ersuchen die Bundestagsabgeordneten Desiree Becker, Frederik Bouffier und Felix Döring, diese Resolution öffentlich zu unterstützen, in ihre Fraktionen zu tragen und sich im Bundestag für eine BAföG-Reform im Sinne der genannten Forderungen einzusetzen. Ferner wird um eine zeitnahe schriftliche Stellungnahme der Abgeordneten zu den einzelnen Punkten sowie um ein gemeinsames Gespräch mit Vertretungen von StuPa und AStA in Gießen gebeten. Beschlossen vom Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität Gießen am __.__.2025 mit Zustimmung des Allgemeinen Studierendenausschusses.